

Protokoll: OA-Runde Land-Bezirke

Datum: 18.06.2024, 18:30 - 19:30 (digital)

Teilnehmende:

Vasili Franco MdA
Antje Kapek MdA
Christopher (Mitte)
Jan (Pankow)
Sven (Mitte)
Filiz (Lichtenberg)
Pascal (Xhain)

Protokoll: Corina

#	Agendapunkt	Einführung	Notizen
1	Umsetzung Cannabis-Kontrollen	Vasi	Zuständigkeit voraussichtlich bei den OA (noch nicht final durch Senat geklärt), Ersatzzuständigkeit bei Polizei (Gefahrenabwehrrecht), es liegt noch kein Bußgeldkatalog vor (bis dahin gilt Ermessen im Einzelfall)
2	Verkehrsüberwachungs-dienste (VÜD)	Antje	Derzeit läuft eine Anfrage zum Stand bzgl. Verstetigung VÜD. Hierzu stehen die Antworten des Senats noch aus (wird in Kürze nachgeliefert)
3	Leipziger Urteil Gehwegparken	Antje	<p>Antje: Leipziger Urteil eröffnet neue Möglichkeiten, Barrierefreiheit muss gewährleistet sein Betrifft wahrscheinlich vor allem Stadtrandlagen (Rdorf, Zehlendorf) Begründungstext des Gerichts steht noch aus, daher kann das Thema nach der Sommerpause angegangen werden</p> <p>Christopher: In Mitte wird Gehwegparken grundsätzlich nicht geduldet. Es gibt noch etwa 26 Stellen mit angeordnetem Gehwegparken.</p> <p>Filiz: Lichtenberg ist betroffen von Gehwegparken. Das Urteil liefert bessere rechtliche Grundlage, um dagegen vorzugehen. Zur tatsächlichen Umsetzung, müssen wir noch auf Begründung warten.</p> <p>Antje: Koalition sitzt an der Überarbeitung ihrer Parkstrategie. CDU-Fraktion möchte auf Klausur</p>

		<p>beschließen, Zeitparken zu verbilligen und Anwohnendenparken zu verteuern.</p> <p>Mitgebrachte Idee von der Ausschussreise Wien: Parkhäuser abends/nachts für Kiezparken zu nutzen (gibt es auch auf Supermarkt-Parkplätzen). Ein in die Richtung formulierter Antrag wird am derzeit von der Koa eingebracht: https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/DruckSachen/d19-1757.pdf</p> <p>Jan: Erfahrung aus Pankow mit leerstehendem Parkhaus: Dieses wird wenig genutzt, solange es draußen noch günstigere Kapazitäten gibt. Anmerkung, dass Gehwegparken nicht nur Barrierefreiheit einschränkt, sondern auch Schäden verursachen kann.</p> <p>Pascal: Graefekiezprojekt beschäftigt sich mit Kiezaragen (warum wenig genutzt, Sicherheitsaspekte, weite Wege, Parkdruck nicht hoch genug). CDU in Xhain fordert ebenfalls den Bau von Kiezaragen, nutzt dies allerdings um sich gegen Entsiegelung in Stellung zu bringen und fordert Kiezaragen vor allem auf für Entsiegelung vorgesehene Ausweichflächen.</p> <p>Sven: Anregung zu Kiezaragen: Man sollte auch solche auf dem Schirm haben, die bereits vorhanden sind, aber größtenteils leerstehen - im Wedding gibt es zwei Beispiele (Karstadt-Garage und leerstehendes Mini-Einkaufszentrum Müllerstr/Ungarnstr). Es bräuchte Anreize, damit Menschen dort parken und weitere Wege in Kauf nehmen.</p> <p>Antje: Wien - Parkgaragen sollten so gestaltet sein, dass sie perspektivisch umgenutzt werden können. Wichtig: es braucht Pullfaktoren für die Nutzung der Garagen. AGH-Fraktion hat informelles Papier zu diesem Thema beschlossen. Damit wird zurzeit noch nicht proaktiv nach außen gegangen.</p> <p>Christopher zu Scancar: Es gibt bereits eines in Mitte, StVO-Novelle steht noch aus. Zu Tiefgaragen: Thema Umnutzbarkeit ist nicht trivial, da meist recht niedrige Decken. Misch- und Umnutzung eher schwierig. Bei Neubau von Kiezaragen sollte man eher auf möglichst leichte Rückbaubarkeit achten. Es besteht die Überlegung, auch in Mitte eine Untersuchung hierzu zu machen, ggf. mit Sportstätte.</p> <p>Filiz: HOWOGE will in Lichtenberg Quartiersgaragen bauen - sie hat bisher keine guten Erfahrungen gemacht. Weil die tatsächlich zu teuer sind und es im öffentlichen Raum noch Parkplätze gibt. HOWOGE überlegt Modelle wie, tagsüber parken Kiezfremde, abends</p>
--	--	---

			<p>Anwohner*innen</p> <p>Antje: Projektnehmer Graefekiez hat weiteres Projekt zu digitalisierten Liefer- und Ladeflächen, sucht hierfür noch Auftraggeber (ggf. Bezirk)</p> <p>Ladeinfrastruktur muss im privaten/teilöffentlichen Raum geschaffen werden (Chance für Kiezgaragen und Supermarktparkplätze) hier könnten Bezirke in Kooperation gehen.</p> <p>Vasi Anm. zu Scancars: Haushaltstitel zur zusätzlichen Geräteanschaffung bei der Parkraumbewirtschaftung wird komplett zur Untersetzung der PMA herangezogen (1Mio. Euro).</p>
4	Uber, bolt & Co.	Antje	<p>Antje hatte Termin beim Labo, weiterhin unklar, wie die vielen Ausnahmegenehmigungen zustande kamen. Frage an die StR*innen, macht sich der Vorgang in den Bezirken bemerkbar?</p> <p>Christopher: Ist in Mitte noch nicht spürbar angekommen. Bezirk hat versucht, gefälschte Vignetten zur Anzeige zu bringen, wird bislang von der Polizei nicht verfolgt. Angelegenheit wird bei der Senatskanzlei vorgebracht werden mit Appell an Innenverwaltung.</p>
	Sachstandsbericht "zukunftsfähige Ordnungsämter"	Vasi für Stefan	<p>Kurzvorstellung mit der Bitte um Feedback für Stefan für den UA Bezirke. Es soll eine Zielvereinbarung mit den OAs geben. Hier muss man aufmerksam sein, da von Landesebene versucht werden könnte zu viele Vorgaben für die OAs zu machen.</p> <p>Christopher: Letzte Woche ist der Bericht abgenommen worden - unterteilt in Arbeitspakete, es wurde jeweils sehr ins Detail gegangen. Es gibt Ideen zur Vereinheitlichung (vor allem zum strukturellen Aufbau als eine Art Musterordnungsamt); bei wenigen Abstimmungen gab es Uneinigkeit unter den Bezirken bspw. Thema Gummiknüppel für AOD</p> <p>Vasi: CDU treibt das Thema voran, Befugnisse und Zwangsmittel auszuweiten. Xhain hat an dieser Stelle die Erfassung von Vorfällen erweitert. Im Grundsatz sollten Zwangsmittel der Polizei obliegen. Mittel für Bodycams bei OAs noch nicht geklärt (über SIWA bereits für Polizei gekürzt)</p> <p>Filiz: SenKzl verfasst Abschlussbericht zukunftsfähige OAs. -> wenn dieser vorliegt sollten wir eine abschließende Abstimmungsrunde dazu machen. -> Vorschlag wird aufgenommen</p>
	Sicherheit in Parks	Vasi	GrünflächenG wird voraussichtlich noch vor der Sommerpause verabschiedet

			<p>+ Ordnungswidrigkeiten bei Parknutzung können künftig auch durch die Bezirke festgelegt und verfolgt werden</p> <p>- sehr weitreichende Eingriffsrechte über Formulierung „sonstige Interessen“, die in einer grundrechtlichen Auslegung durch Gerichte bei zu eingriffsintensiven Maßnahmen gekippt werden könnte (z.B. Alkoholverbote) (Dies wird aber evtl. noch entschärft).</p> <p>Bei konkreten Konflikten in den Bezirken, Bitte sich mit AGH-Fraktion kurzschließen.</p>
	Verschiedenes	alle	Antje: Vorschlag, weitere Runden ebenfalls digital stattfinden zu lassen - hierzu Zustimmung von allen